

Antrag

der AfD-Fraktion

Neues Infektionsschutzgesetz ablehnen und irrationale Eindämmungsmaßnahmen gegen Sars-CoV-2 einstellen

Der Landtag stellt fest:

1. Im europäischen Ausland wurden die Corona-Maßnahmen weitgehend oder vollständig beendet. Die Normalisierung der Gesundheitspolitik und des Alltags für die Bevölkerung hatte keine explodierenden Infektionszahlen zur Folge. In Schweden, wo es seit Anfang April 2022 keine gesonderten Corona-Maßnahmen mehr gibt, beträgt die Sieben-Tage-Inzidenz weniger als ein Viertel der in Deutschland gemessenen: 52,4 (26. August 2022) zu 237,3 (1. September 2022).¹ Deutschland befindet sich mit seinen Plänen für das neue Infektionsschutzgesetz (IfSG) auf einem europäischen Sonderweg.
2. Die jetzt geplante Änderung des Infektionsschutzgesetzes ermöglicht es den Ländern, auch im kommenden Winter einschneidende Grundrechtseinschränkungen vorzunehmen. Erfahrungen aus dem In- und Ausland zeigen, dass viele Eindämmungsmaßnahmen kaum wirksam waren. Der Bericht des Sachverständigenausschusses nach § 5 Absatz 9 IfSG und die Antworten der Landesregierung auf schriftliche Anfragen sowie auf Fragen im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz und im Untersuchungsausschuss Corona haben deutlich gemacht, dass die Corona-Maßnahmen bis heute keine hinreichende Datengrundlage haben. Das Androhen neuer Eindämmungsmaßnahmen ohne wirkliche Evidenz für ihre Wirksamkeit wird von großen Teilen der Bürger als Willkür empfunden.

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat gegen die von der Bundesregierung bzw. der Regierungskoalition vorgelegten Änderungsanträge bzw. den vorgelegten Gesetzentwurf des Infektionsschutzgesetzes zu stimmen.
2. Falls es im kommenden Herbst und Winter zu einer unerwarteten Verschärfung der Covid-19-Situation im Land Brandenburg kommen sollte - sei es durch eine stärker pathogen wirkende Variante von SARS-CoV-2 oder durch sehr hohe Infektionszahlen -, ergreift die Landesregierung zur Eindämmung nur Maßnahmen, für deren Wirksamkeit eine wissenschaftliche Evidenz besteht. Hierfür richtet die Landesregierung eine unabhängige Expertengruppe ein, die keiner staatlichen Behörde unterstellt ist.

¹ Vgl. „COVID-19 Dashboard“, in: <https://coronavirus.jhu.edu/map.html> (30.08.2022), abgerufen am 30.08.2022.

3. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Aufschlüsselungen und Grafiken, die letztmalig von der Landesregierung im Lagebild „Covid-19“ vom 18. Mai 2022 veröffentlicht wurden, sofort wieder einzuführen. Hierzu gehört insbesondere die Aufschlüsselung der Sieben-Tage-Inzidenz und der Sieben-Tage-Hospitalisierungsinzidenz nach Impfstatus. Das Lagebild ist nicht nur an die Abgeordneten zu versenden, sondern ebenfalls den Bürgern niederschwellig zugänglich zu machen.
4. Zur Covid-19-Lagebeurteilung werden ab sofort für die Berechnung der Sieben-Tage-Hospitalisierungsinzidenz sowie des Belegungsanteils von Covid-19-Patienten an den betreibbaren Intensivbetten nur diejenigen Fälle herangezogen, die hauptsächlich wegen Covid-19 hospitalisiert bzw. intensivpflichtig sind.

Begründung:

Die Omikron-Variante des Coronavirus führt regelmäßig zu deutlich mildereren Verläufen von Covid-19 als bisherige Varianten.² Mittlerweile herrscht in der märkischen Bevölkerung ein guter Immunstatus gegen SARS-CoV-2 vor: Die Impfquote lag in der Altersgruppe über 60 Jahre laut dem Lagebild der Landesregierung „COVID-19“ vom 30. August 2022 bei 84,5 Prozent für Grundimmunisierte sowie bei 80,7 Prozent für Personen mit Auffrischungsimpfung. Die Gesamtzahl an Personen mit nachgewiesener SARS-CoV-2-Infektion betrug zu diesem Zeitpunkt 917 999, was bei einer geschätzten Dunkelziffer von 2 gut 70 Prozent der Landesbevölkerung entspricht. Auch die coronabedingte Belegungssituation in den Krankenhäusern ist mit 33 Patienten auf den märkischen Intensivstationen bei (mit Notfallreserve) 1 032 zur Verfügung stehenden ITS-Betten ($\approx 3\%$ Corona-Belegungsquote) mehr als entspannt.

Andere Staaten in Europa haben ihre Corona-Politik schon lange geändert. Hierzu gehören mit Deutschland vergleichbare Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften wie z. B. das Vereinigte Königreich. Bereits im vergangenen Winter, am 24. Januar 2022, berichtete u. a. der *Tagesspiegel* online über die dortige Entwicklung und zitierte Premierminister Johnson mit den Worten: „Da Covid endemisch wird, müssen wir die gesetzlichen Vorschriften durch Ratschläge und Empfehlungen ersetzen.“ Der damalige britische Gesundheitsminister Sajid Javid äußerte außerdem, dass „Covid [...] nicht verschwinden [sondern] viele Jahre bei uns bleiben [wird], vielleicht für immer“. Wir müssten „lernen, damit zu leben, so wie [...] mit der Grippe [...]“.“³

Spanien behandelt das Coronavirus seit Anfang des Jahres wie eine übliche Atemwegsinfektion.⁴ Euractiv berichtete am 24. August 2022, dass sogar Bulgarien diesen Weg einschlägt, und dies, obwohl Bulgarien eine der niedrigsten Impfquoten Europas (rund 31 %) aufweist und das Gesundheitssystem im Vergleich zu Deutschland deutlich schlechter aufgestellt ist.⁵

² Vgl. „Killervarianten: Gesundheitsexperten widersprechen Lauterbachs Warnung“, in: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/lauterbach-variante/> (19.04.2022), abgerufen am 23.05.2022.

³ Vgl. „England und Spanien ändern Pandemiepolitik“, in: <https://www.tagesspiegel.de/politik/mit-covid-leben-wie-mit-der-grippe-england-und-spanien-aendern-pandemiepolitik/28002766.html> (24.01.2022), abgerufen am 30.08.2022.

⁴ Vgl. „Spaniens Regierung will Corona nun wie Grippe betrachten“, in: <https://www.swr.de/swr2/wissen/spaniens-regierung-will-corona-nun-wie-grippe-betrachten-100.html> (13.01.2022), abgerufen am 30.08.2022.

⁵ Vgl. „Bulgarien will Corona wie Grippe behandeln“, in: <https://www.euractiv.de/section/coronavirus/news/bulgarien-will-corona-wie-grippe-behandeln/> (24.08.2022), abgerufen am 30.08.2022.

Dass mittlerweile im Hinblick auf Eindämmungsmaßnahmen sogar vergleichsweise restriktive Länder wie Israel oder gar autoritäre Regime wie Singapur ihre Corona-Maßnahmen deutlich absenken, veranschaulicht den freiheitsfeindlichen Sonderweg Deutschlands endgültig.⁶ Auf den Punkt brachte diesen Sonderweg kürzlich der Virologe Jonas Schmidt-Chanasit, wenn er äußerte: „Deutschland ist mit seiner Corona-Politik weltweit allein.“⁷

Auch im Inland wird die Kritik immer lauter. Sogar das ZDF berichtete am 9. August 2022 online über negative Rückmeldungen ausgewiesener Experten zum neuen Infektionsschutzgesetz. Die teilweise vernichtenden Urteile reichten von „Mogelpackung“ (Thorsten Kingreen, Jurist und Professor an der Universität Regensburg) über „nicht praxisnah“ (Rudolf Henke, Präsident der Ärztekammer Nordrhein) bis zu „sinnlos“ (Andreas Radbruch, Immunologe und Professor an der Charité Berlin).⁸

Die Bundesregierung setzt sich paradoxerweise über ihren eigenen Evaluationsbericht der Corona-Maßnahmen⁹ hinweg. In diesem wird beispielsweise klargestellt, dass eine Wirkung der FFP-2-Maskenpflicht in Innenräumen nur unter Laborbedingungen nachgewiesen werden könne und sie im Freien sinnlos seien. Trotzdem sollen diese Erkenntnisse ignoriert werden. Die im Evaluationsbericht wiederholt vorgetragene Forderung nach (künftiger) Datenerhebung macht deutlich, wie wenig wissenschaftlich fundiert die Corona-Maßnahmen auch nach mehr als zwei Jahren sind. Dies stellt vor allem dem Robert-Koch-Institut (RKI) ein schlechtes Zeugnis aus, denn zu dessen „Aufgaben gehört der generelle gesetzliche Auftrag, wissenschaftliche Erkenntnisse als Basis für gesundheitspolitische Entscheidungen zu erarbeiten.“¹⁰ Während das RKI in der Corona-Politik versagt hat, erwiesen sich die Thesenpapiere z. B. der Autorengruppe um Professor Matthias Schrappe zur Corona-Politik seit Frühjahr 2020 als zutreffend.¹¹ Die Landesregierung ist daher gut beraten, künftig die Expertise derartiger unabhängiger Autoren, die keiner staatlichen Behörde unterstellt sind, zu nutzen.

⁶ Vgl. „Corona wie normale Grippe behandeln – Großbritannien, Israel und Singapur machen es vor“, in: <https://www.handelsblatt.com/politik/zurueck-zur-normalitaet-corona-wie-normale-grippe-behandeln-grossbritannien-israel-und-singapur-machen-es-vor/27396250.html> (09.07.2021), abgerufen am 30.08.2022.

⁷ Vgl. „Deutschland ist mit seiner Corona-Politik weltweit allein“, in: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/deutschland-corona-weltweit1/> (30.08.2022), abgerufen am 30.08.2022.

⁸ Vgl. „Kritik an Infektionsschutzgesetz – Jurist: Neues Corona-Gesetz ‚Mogelpackung‘“, in: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-infektionsschutzgesetz-lauterbach-maskenpflicht-impfung-100.html> (09.08.2022), abgerufen am 30.08.2022.

⁹ Vgl. „Evaluation der Rechtsgrundlagen und Maßnahmen der Pandemiepolitik – Bericht des Sachverständigenausschusses nach § 5 Abs. 9 IfSG“, in: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/S/Sachverstaendigenausschuss/BER_lfSG-BMG.pdf (30.06.2022), abgerufen am 30.08.2022.

¹⁰ Vgl. „Das Robert Koch-Institut“, in: https://www.rki.de/DE/Content/Institut/institut_node.html (06.05.2020), abgerufen am 30.09.2022.

¹¹ Vgl. „Corona: Integration in die Routineversorgung“, in: https://schrappe.com/ms2/index_htm_files/tp_adhoc6.pdf (27.03.2022), abgerufen am 30.09.2022.

Den Antragstellern kommt aus den Landkreisen und kreisfreien Städten regelmäßig zu Ohren, dass insbesondere die immer noch restriktiv gehandhabten Quarantäne- und Isolierungspflichten Kliniken und andere Einrichtungen des Gesundheitswesens stark belasten. Nicht nur, dass durch Covid-Infektionen und Quarantäne ein Großteil der Belegschaft ausfällt. Auch zufällig positiv getestete Patienten („incidental covid“) bereiten den Kliniken durch enorme Hygiene- und Isolierungsmaßnahmen große Probleme, ohne dass ein angemessener finanzieller Ausgleich erfolgt. Deswegen haben sich bereits mehrere Vertreter entsprechender Institutionen für ein Ende dieser Eindämmungsmaßnahmen ausgesprochen.¹²

Des Weiteren trägt das Vorgehen der Landesregierung mit Blick auf ihre Covid-19-Lagebilder zusätzlich dazu bei, dass sich der Eindruck einer Verschleierungsabsicht aufdrängen kann. Bis zum 18. Mai 2022 wurde das Corona-Lagebild detailliert ausgestaltet. Hierzu gehörte z. B. auch die Aufschlüsselung der Sieben-Tage-Inzidenz und der Sieben-Tage-Hospitalisierungsinzidenz nach Impfstatus. Mit dem Lagebild vom 19. Mai 2022 wurde dies abgeschafft. Interessanterweise lag bei der letztmaligen Aufschlüsselung am 18. Mai 2022 bei grundimmunisierten Personen sowohl eine deutlich höhere Sieben-Tage-Inzidenz als auch Sieben-Tage-Hospitalisierungsinzidenz vor als bei ungeimpften Personen. Dies lässt die Umgestaltung des Covid-19-Lagebildes durch die Landesregierung in einem unseriösen Licht erscheinen. Außerdem ist es unverständlich, dass das Corona-Lagebild bisher nur den Abgeordneten zur Verfügung gestellt wird. Es ist kein Grund ersichtlich, warum die Brandenburger nur durch das deutlich detailärmere Dashboard¹³ auf der Internetpräsenz des Ministeriums informiert werden.

Unter dem Strich setzt sich die Bundesregierung mit ihren Corona-Plänen für den Herbst über die Empfehlungen der Fachwelt weitgehend hinweg und radikalisiert ihren coronapolitischen Sonderweg im internationalen Vergleich. Das neue Infektionsschutzgesetz ist deshalb vom Land Brandenburg zwingend im Bundesrat abzulehnen.

¹² Vgl. „Gassen will Quarantänepflichten aussetzen“, in: <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/corona-gassen-impfkampagne-lauterbach-100.html> (23.07.2022), abgerufen am 01.09.2022.

¹³ Vgl. „COVID-19: Fallzahlen in Brandenburg“, in: <https://corona.brandenburg.de/corona/de/fallzahlen/> (01.09.2022), abgerufen am 01.09.2022.